

Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben
Publikationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis: vierthalblich 2,10 Mark, unter Kreuzband 2,70 Mark
Eingetragen in die Postzeitungsliste

Verleger u. verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Schöneberg
Redaktion und Expedition: Berlin S. 27, Schillerstraße 6
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin S. 22

Insertionspreis:
Geschäftsanzeigen kosten die sechsgesparte Kolonialzelle 40 Pfennig
Schluß für Anträge: Montag früh 8 Uhr.

Die Kartoffelversorgung.

Von Robert Schmidt - Berlin, M. d. R.

Bei den hohen Preisen für alle Bedarfsartikel im Haushalt hat in diesem Jahre der Preis für die Kartoffeln eine noch größere Bedeutung wie im Vorjahr. Wir sind zwar nach dem übereinstimmenden Urteil aus landwirtschaftlichen Kreisen in der glücklichen Lage, eine sehr günstige Ernte zu verzeichnen zu können, die uns die Versorgung mit genügenden Kartoffelmengen nicht erschwert. Allerdings können wir nicht überblicken, welche hohen Ansprüche die Landwirtschaft heute an den Kartoffelbedarf für Futterzwecke stellt, denn in diesem Jahre sieht es mit den Futtermitteln noch ungünstiger aus als im Vorjahr.

Aber selbst wenn wir die genügenden Mengen Kartoffeln zur Verfügung haben, bleibt für die ärmeren Bevölkerung die sehr wichtige Frage, ob die Kartoffel zu einem erträglichen Preis zu erlangen ist. Das scheint uns nach der bisherigen Lage des Kartoffelmarktes schon unsicher zu sein. Preise für Eßkartoffeln von 3 bis 4,50 Pf. der Zentner müssen in gegenwärtiger Zeit als außerordentlich hoch bezeichnet werden. Und leider haben wir in einigen Bezirken, wo die Bevölkerung die Gewohnheit hat, sich stark für den Winter einzudecken, schon eine Preissteigerung über die hier genannten Beträge. Was ist nun geschehen, um diese Katastrophe zu begegnen? Die Regierung hat die Gründung einer großen Genossenschaft in die Hand genommen, an der die Großhändler und die Städte beteiligt sind. Diese Genossenschaft soll einen Teil der Versorgung sicherstellen, aber auf der Basis einer freien Marktlage. Und das bedeutet, daß die Genossenschaft uns die Sicherheit einer mäßigen Preisbildung nicht bieten kann. Ebenso wenig die Sicherheit der Versorgung; denn wenn der Produzent zurückhält, hat sie kein Mittel in der Hand, einen Zwang auszuüben, die Ware auf den Markt zu bringen.

Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen hat schon vor längerer Zeit wieder die Forderung erhoben, Höchstpreise festzulegen. Er verlangte einen Höchstpreis von 2,50 Pf. für den Produzenten pro Zentner und hat diesen Preis damit begründet, daß nach seiner Information der reine Produzentenpreis 1,25 Pf. beträgt. Hierzu wäre der Betriebsgewinn und eine Erhöhung der Produktionskosten in Ansatz zu bringen, so daß ein Preis von 2,50 Pf. als reichlicher Aufschlag erscheint. Zu diesem Preis sind heute keine Kartoffeln zu haben; aber ein höherer Anspruch würde nur eine Ausnützung der Notlage bedeuten, in der sich ein großer Teil der Bevölkerung befindet. Bei einer Preislage von 2,50 Pf. für den Produzenten muß man mit einem Aufschlag von 70 Pf. für den Großhandel rechnen. Dieser Großhandel vollzieht sich, soweit der Bedarf für die Großstadt in Frage kommt, in der Regel folgendermaßen: durch einen Kommissionär werden die Abschlüsse mit den Landwirten gemacht, und dieser Kommissionär vermittelt dann seine Ware an den Großhändler der Stadt. Man kann in der Regel dafür folgende Spesen pro Zentner aufstellen:

Produktion für den Kommissionär	10 Pf.
Fracht bis zur Bahnhofstation der Großstadt	25 "
Verpackung, Ausladen und Einladen	5 "
Schwund	5 "
Abschuß zum Kleinhändler	15 "
Verdienst	5 "

in Summa 70 Pf.

In diesen Beträgen wird man billigerweise nichts ändern können, im Gegenteil, sie werden in einigen Fällen eine Erhöhung erfahren müssen, weil unverhinderter Verlust und Störungen im Transport eintreten können. Für den Kleinhändler kann man 60 Pf. Aufschlag berechnen, so daß man zu einem Gesamtpreise von 3,80 Pf. im Minimum kommt. Das wäre ein Preis, der bei den dürftigen Einkommensverhältnissen — besonders unserer Kriegerfrauen — noch reichlich hoch wäre.

Bedauerlich ist aber, daß die hohe Preislage für Kartoffeln stark beeinflußt wird durch die Starke-

fabriken, die Kartoffeln zu hohen Preisen kaufen. Die Regierung hat für Kartoffelstärke und Kartoffelmehl Höchstpreise festgesetzt, die außerordentlich hoch sind. Wir haben gegenwärtig durch Bundesratsverordnung einen Höchstpreis für Kartoffelmehl für den Doppelzentner von 48,30 bis 50,80 Pf. Das Ungeheuerlichkeit dieser Preislage wird uns klar, wenn wir berücksichtigen, daß von der Kriegsgetreidegenossenschaft Weizenmehl mit 36,75 Pf. für August geliefert wurde. In normalen Zeiten hat natürlich der Preis für Kartoffelmehl, schon wegen seiner Minderwertigkeit, erheblich unter dem Preis für Weizenmehl gestanden. Es wird mithin durch diese Preispolitik der Regierung den Kartoffelfabriken ein Nutzen zugeführt, der so ziemlich alles übersteigt, was wir in Kriegszeiten im Wirtschaftsgetriebe gewohnt sind. Zu berücksichtigten ist allerdings, daß vom 1. November ab der Preis für Kartoffelmehl auf 41,30 bis 42,80 Pf. heraufgesetzt wird. Aber auch das ist noch ein Preis, der noch im Hinblick auf die Preise von Kartoffeln nicht rechtfertigen läßt. Indes, diese günstige Preislage gibt den Fabriken die Möglichkeit, für Kartoffeln verhältnismäßig hohe Preise anzulegen, und damit die Eßkartoffeln in die Höhe zu treiben.

Sonderbar, während die Regierung für Kartoffelmehl dauernd die Höchstpreise reguliert, hat sie eine starke Neigung, für Kartoffeln Höchstpreise festzusetzen. Die "Kreuzzeitung" hat gegen Höchstpreise den Einwand erhoben, daß im Frühjahr diese Höchstpreispolitik für die Kartoffeln vollständig verfügt hätte und der Regierung einen Verlust von 50 Millionen eingetragen habe. Das ist leider richtig, berechtigt aber nicht zu einer Ablehnung der Höchstpreise. Der Verlust der Regierung entstand dadurch, daß man im April einen Höchstpreis festsetzte, der in einem Turnus von 14 zu 11 Tagen eine Preiserhöhung von 50 Pf. für den Zentner Kartoffeln normierte, so daß man bei dieser Steigerung bis Ende Juli zu einem Preis von 8,50 Pf. gefommen wäre. Großhandel und Konsumenten haben damals die Regierung gewarnt, diesen Schritt zu unternehmen, weil diese Auswirkung auf höhere Preise sofort eine Zurückhaltung der Bestände herbeiführen könnte, um in Verbindung mit der Spekulation den höchsten Preis herauszuholen. Wenn dabei die Reichseinkaufsstelle für Kartoffeln Abschlüsse zu diesen hohen Preisen gemacht hat, nachher aber die Ware nicht bewerten konnte, weil der Zusammenbruch dieser Spekulation kam, so ist das nur ein Beweis dafür, daß solche unsinnigen Höchstpreise mit fortgesetzten Steigerungen eßendings nur schädlich für den Konsumenten wie für die Finanzverwaltung des Reiches sind.

Ein dauernd festgelegter mäßiger Höchstpreis wird die Spekulation und Unsicherheit des Marktes aufheben, den Konsumenten wenigstens dieses Nahrungsmittel sicherstellen und den Landwirten keinen Schaden zufügen, wenn ein Höchstpreis gewährt wird, der reichlich die Produktionskosten deckt. Vor allem muß diese Preisfestsetzung aber eine einheitliche für das ganze Reich sein. Die Preisunterschiede der einzelnen Gemeinden können uns nicht helfen, weil sie nur eine Unordnung in der ganzen Marktlage herbeiführen. Wollen wir also eins unserer wichtigsten Nahrungsmittel für die Bevölkerung für die menschliche Ernährung zu mäßigen Preisen sicherstellen, so müssen wir Höchstpreise zur Sicherheit gegen Spekulation und Nebenvorteilung der Konsumenten verlangen.

Leistet die deutsche Arbeiterbewegung Kulturarbeit oder nicht?

Von der Parteiens Häß und Guß getragen, warnt seit jeher Charakterbild in der Geschichte." Dieses Wort, das Schiller seinem Drama "Waldstein" voranstellt, kann man auch auf die moderne deutsche Arbeiterbewegung anwenden. Vor allem wurde des Leidens und Wirkens unserer Gewerkschaften von Freunden und Feinden ganz verschieden beurteilt. Es gibt Leute aus bürgerlichen Kreisen, die des Lebens wohl sind, wenn sie sich eingehend mit der gewerkschaftlichen Arbeit beschäftigt haben, und es gab Leute, die

sie in Grund und Boden verdonnerten, ohne sich auch nur der Mühe unterzogen zu haben, sie kennen zu lernen. Weil es sich hier um Interessenvereinigungen handelt, die ihren Mitgliedern Vorteile zu verschaffen suchen, können die Unternehmer, die von diesem Streben Nachteile befürchten, deren Streben natürlich nicht leiden. Besonders heftig war der Widerstreit entbrennt um die Frage, wie die Arbeit der Gewerkschaften vom Gesichtspunkt der Kultur aus zu beurteilen ist.

Alle unparteiischen Beurteiler stimmen darin überein, daß die deutschen Gewerkschaften sehr viel getan haben, um die Arbeiter auf eine höhere Stufe der Entwicklung zu heben. Durch die wirtschaftliche Erholung, die eine Folge der gewerkschaftlichen Kämpfe ist, ist die Vorbereitung eines geistigen und moralischen Aufstiegs geschaffen worden, der hundertwiederum durch allerlei Veranstaltungen und Einrichtungen gefördert wird.

Ein genauer Kenner der deutschen Gewerkschaftsbewegung, der sich mit ihr seit Jahren theoretisch und praktisch beschäftigt hat, der Professor Dr. Gerhard Steffler aus Zena, hat noch vor dem Kriegsausbruch auf der Generalversammlung der Gesellschaft für soziale Reform einen Vortrag gehalten, der sich mit dem Verhältnis der Gewerkschaften zu Staat und Unternehmertum beschäftigte. Der Redner spendete den modernen deutschen Gewerkschaften ein großes Lob, was er damit begründete, daß er sagte, sie seien weit über Deutschlands Grenzen hinaus vorbildlich geworden durch die Sauberkeit ihres Aufbaues, durch die Gewissenhaftigkeit ihrer Verwaltung, durch ihre unermüdliche Fürsorge für ihre Mitglieder und durch ihre Erziehungs- und Bildungsarbeit an ihren Mitgliedern. Es sei den Gewerkschaften zum Ruhme anzurufen, daß sie die Arbeiter vor dem Syndikalismus, vor dem Untergang der Sozialdemokratie und vor der direkten Aktion bewahrt und daß sie in Deutschland das beste Tarifmodell der Welt ausgebildet hätten. Dann fuhr er wörtlich fort: „Die deutschen Gewerkschaften haben eine Kulturarbeit ersten Ranges geleistet und leisten sie, ohne daß ihnen jemand dafür dankt. Und trotzdem schwanken sie rechtlich in der Luft, sie stehen in rechtlicher Beziehung schlechter da als jeder kleine Keglerverein. Sie werden von der Rechtsprechung hart angefaßt — man will sie sogar unter den Entzugsparagraphen stellen! — sie werden von den Behörden schikaniert, von den mächtigen Unternehmerverbänden verfolgt und durch die fühlende Züchtung von gelben Gewerkschaften in ihrer Arbeit geschränkt. Ich bin überzeugt, daß die Behörden, die die freien Gewerkschaften in ihrer Wirklichkeit kennenzutragen, dadurch nicht nur gegen das Interesse des Staates, sondern auch gegen das des Unternehmertums verstößen. Ein Staat, der eine organisch gegliederte Bürgerschaft haben will und keinen bunt zusammengewürfelten Haufen von Steuerzahldern, ein Unternehmertum, das Wert legt auf eine disziplinierte Arbeiterschaft, diese beiden sollten gleicherweise ein Interesse haben an starken gewerkschaftlichen Verbänden.“

Ganz folgerichtig forderte der Redner deshalb, daß die koalitionsfeindlichen Bestrebungen verhindert würden, man müsse das öffentliche Gewissen wecken und ein neues Recht eraffen, das ein wirklich freies, uneingeschränktes Koalitionsrecht gewährleiste. Die Gewerkschaften seien wohldiszipliniert, und wenn für eine ausreichende rechtliche Grundlage gesorgt und eine gerechte Behandlung zur Regel werde, so würden auch alle unerwünschten Begleiterscheinungen wegfallen, die heute noch das Bild der Gewerkschaftsbewegung aufstellen.

Diese sachgemäßen Ausführungen eines Mannes, der im gewöhnlichen Leben gut bürgerlich gekommen ist, geben die Eindrücke wieder, die unparteiische Kenner und Beobachter der Gewerkschaftsbewegung gewonnen haben. Trotzdem sie ganz leidenschaftlich vorgetragen wurden, haben sie doch damals einen Sturm der Entrüstung in den Reihen der Unternehmer erregt. Das Urteil des Zenaer Professors kannte die Leute sehr ungern, und Dr. Steffler mußte manches harte Wort von jener Seite einstecken.

Spielen der damaligen und der heutigen Zeit liegt ein Abchnitt von großer Weltgeschichtlicher Bedeutung: Der Kriegsausbruch und seine Folgen. Und nun steht man wie ein Richter in der öffentlichen Meinung in der Beurteilung der Gewerkschaften eingetreten ist. Selbst scharfe Gegner haben in diesen frischen Zeiten die eminent kulturelle Bedeutung der deutschen Gewerkschaften hervorgehoben. Allerdings gehört dazu nicht die Sippe der Schärfmacher, die nach wie vor die Arbeiterbewegung bekämpft. Die Leute ändern sich nicht.

Heimarbeit und Heimarbeiterinnenlöhne.

Einen Einblick in die oftmals recht traurigen Lohnverhältnisse von Heimarbeiterinnen gewährte eine Verhandlung, die kürzlich in Berlin stattgefunden hat und vom Verband der Schneider und Schneiderinnen einberufen war. Die Teilnehmer waren ausschließlich Heimarbeiterinnen, die Heeresbedarfssatelliten, Sandmäuse, Sanitätsstöckchen, Helmbezüge, Patronengürtel usw. erzeugten, also mit Arbeitern beschäftigt und für die vom Auftraggeber keine Schandpreise bezahlt werden. Wenn die Arbeiterinnen trotzdem Schandlöhne dafür erhalten, so liegt das also nicht an dem Preis, den die fertige Ware erzielt, sondern an dem im Wahrheitsermittlungsbericht üblichen System, einem Auftrag durch drei, vier Zwischenunternehmer an die eigentlichen Arbeiter gelangen zu lassen. Ferner auch an der Möglichkeit, die Arbeiterinnen mit niedrigen Löhnen abwenden zu können. Jede Produktionsperson will natürlich verdienen, und zwar möglichst viel. Deshalb bleibt als Arbeitslohn dann nicht mehr viel übrig. In der Verhandlung wurde mitgeteilt, daß an einem großen Werk Tressenholen der Zwischenunternehmer allein für die Weitergabe des Auftrages 3 Pf. pro Stück verdient habe. Für Kosten, für die ein Arbeitslohn von 1,08 Pf. festgelegt war, wurden nur 50 Pf. und manchmal sogar noch weniger gezahlt. Sandmäuse ohne Tragetasche, die der Käferin 5 Pf. pro Stück bringen sollten, wurden mit 3 Pf. ja sogar mit 1,10 Pf. pro 100 Stück bezahlt. Für Helmbezüge gab es 1 Pf. pro Stück während 2 Pf. pro Stück aufgrund festgelegt waren. Derartige Beispiele wurden eine ganze Reihe angeführt. Die Leidtragenden sind in allen Fällen die Heimarbeiterinnen. Diese müssen sich in entzerrender Arbeit ab, sich und ihre Familie durch ehrliche Arbeit zu ernähren oder ihnen eine bessere Lebenshaltung zu ermöglichen, und erwartet wird es ihnen durch ein System, das in dieser Form und in solcher Konzeption nur in den Verlust vorhenden ist, die Heimarbeit ausspielen.

Der Verband der Schneider und Schneiderinnen setzte in vielen Fällen, vor allen Dingen bei Arbeiten, die im Auftrag von Bekleidungsunternehmen angefertigt wurden, den herstellenden Arbeiterinnen die Differenz zwischen dem fertiggestellten und dem zu wenig gesetzten Preis einzulagern. Eine Arbeiterin hat dadurch mehrere hundert Pf. auf einmal aufgezehrt erhalten. Manchmal aber war es nicht möglich, den Zuschlägen zu folgen, weil der unmittelbare Arbeitgeber eben nicht immer der eigentliche Unternehmer ist.

Häufig kommt die Lohnkürzung aber gar nicht zur Realisierung derjenigen Stellen, die dagegen eindeutigen Vorwurf. Manchmal, weil die Arbeiterinnen nicht wissen, was sie zu fordern berechtigt sind, und dann auch, weil sie zu früh getrennt, solche Angaben zu machen aus fürchtet, dann entlohen zu werden. Schlechtbezahlte Arbeit aber erfordert ihnen doch immer doch besser als gut ferne. Hierzu legen die große Zahl anerkannter Zeitschriften an die Organisation Klages ab.

Geringe Entschädigung an Heimarbeiterinnen für Arbeiten, für die gute Preise bezahlt werden, bedeutet ohne geringste Offenkundigkeit. Sie ist in der momentanen Zeit so zu feiern wie der Käfer mit Scherenarsenale. Militärbehörden haben denn auch zielgerichtet Strafen dagegen geworfen. Am 19. September wurde in Berlin folgende ausdrückliche Verfügung bekanntgegeben:

Unternehmer und Lieferanten, die durch Zwischenhändler und Vermittler bei der Herstellung von Sandmäusen die Arbeiterinnen durchsetzen, der Stoffabnahme auszuhilfen suchen, so daß es dieser nicht möglich ist, sich den ortsüblichen Lagedienst am Betrieb zu stellen, werden die Betriebe geöffneter.

Eine solche Stellungnahme ist gerecht. Nur steht, daß die Arbeiterinnen eigentlich selbst schuld haben sind, daß derartige Praktiken von verunsicherten kommen. Die Heimarbeiterinnen sind in ihrer überwiegenden Mehrzahl unorganisiert. Alle Leistungen bestehen, so far die Organisation zu gewinnen, waren zuvor erfolglos, wenn man die große Zahl berücksichtigt, die als Heimarbeiterinnen leben und. Einem Teil der Stoffabnehmer steht die gewisse organisierte Arbeitsteilung. So steht es mit den Schwerpunktfirmen für die Schuhfabrikanten, die Heimarbeiterinnen aufgestellt haben. Besonders Gewerkschaftsformen der Organisation, die organisierten Arbeit, deren Produktionsergebnisse gesamthaft lassen, verhinderten lange auf den Gewerkschaftsberichten aufmerksam zu

machen und sie über deren Aufgaben zu informieren. Waren diese Beschlüsse beachtet worden, dann hätten wir heute nicht über solche Lohnkürzungen in diesen Berufen zu klagen. Dabei muß noch beachtet werden, daß das Eingreifen der Militärbehörden als Auftraggeber verschiedentlich schlechte Bezahlung verhindert oder wenigstens eingeschränkt hat. Die Militäraufträge nehmen aber einmal ein Ende, und damit endet auch für eine ganze Reihe von Berufen die vorhandene gute Konjunktur, die ebenfalls einen gewissen Schutz gegen Lohnreduzierungen bildet. Heimarbeit dagegen wird bleiben und in Zukunft wahrscheinlich sogar in größerem Umfang vorhanden sein als dies früher der Fall war. Da ist es denn doch an der Zeit, sich der immer noch Geltung habenden Bedürfnisse der Gewerkschaftskonferenz zu erinnern und mitzuhelfen, die Heimarbeiterinnen für ihre Berufsorganisation zu gewinnen.

Nur dadurch kann den Arbeiterinnen ein unnehmbarer Lohn gewährt und die Gesamtarbeiterchaft gegen die Schwarzkonkurrenz der Heimarbeit geschützt werden.

In Verteidigung des Vaterlandes.

Gefallen sind aus der Zahlstelle:

Berlin die Kollegen Hermann Brügel, Glasdienermeister, Brauerei Engelhardt, Abteilung Pandow; Hermann Rothenburg, Glasdienermeister, Schultheizbrauerei, Abteilung II; Albert Schreier, Bierbrauer, Brauerei Schenker, Abteilung I; Wilhelm Haseloff, Glasdienermeister, Schultheizbrauerei, Abteilung II; E. C. Laut, Glasdienermeister in Sibirien gestorben;

Dortmund die Kollegen August Kübjam, Bierbrauer, Bürgerbrauerei; Andreas Görtler, Brauer, Hanfbrauerei; Hermann Rose, Bierbrauer; Eduard Zule, Glasdienermeister, Triererische Brauerei; Düsseldorf die Kollegen Heinrich Reinweber, Glasdienermeister; Carl Schaeff, Bierbrauer; S. H. Müller, Bierbrauer; E. Schröder, Oster und Groß, Müller;

Cologne der Kollege Albert Rödiger, im Kriegsleazaret gehalten;

Hamburg der Kollege Erhard Dengler, Brauer, früher Löwenbrauerei, zurzeit aktiv;

Düsseldorf der Kollege Hugo Strahmeyer, Bürgerliches Krankenhaus;

Langenfeld Iza der Kollege Albin Feuer;

Wuppertal der Kollege Heinrich Zadi;

Kreuztal der Kollege August Baader, Bierbrauer;

Mannheim-Kandwigshafen die Kollegen Georg Ludwig, Bierbrauer, Schneidinger; Julius Widenhauer, Hilfsarbeiter, Mannheim-Kandwig;

Ehre ihrem Andenken!

Verwundet wurden aus der Zahlstelle:

Berlin die Kollegen August Siemerski, Handwerksmeister, Schuhfachbrauerei Abt. IV; Johann Järl, Glasdienermeister, Brauerei Bierberg;

Dielefeld der Kollege August Zaaler, Bierbrauer, Brauerei Almenrode, Düsseldorf;

Düsseldorf die Kollege Otto Wester, Mitläufer, Brauerei Knie;

Düsseldorf die Kollegen Josef Krause, Brauer, Zumbräuerei Görde, Fritz Rosen, Schmid, Brauerei Sonnenburg;

Hamburg die Kollegen Willi Stark, Brauer; 3. Käse, Glasdienermeister und Caspar Rottschell, Glasdienermeister;

Mannheim-Kandwigshafen der Kollege Georg Hartmann, Bierbrauer.

Verwagt wird der Kollege Louis Schmidt aus Bad Godesberg.

In Gefangenschaft geraten ist der Kollege Paul Kötter, Berlin.

Das Deutsche Kreuz haben erhalten die Kollegen Wilhelm Kriegsmüller, Franz Zwicker, Brauer, beide Brauerei Düsseldorf, die Brauerei Franz und Alwin Zinner, Brauer, beide Ritter-Brauerei Dortmund; Fritz Thümmler, Schuharbeiter, Herford; Fritz Wolf, Vereinsbrauerei Herrenhausen, Hannover; Sam. Ober (Sergeant), Stettin; August Pilkot, Brauer, Brauerei Kau, Mannheim, letzterer die Verdienstmedaille.

Adressen von verwundeten und im Felde frank gewordenen Kollegen.

Münster (Westf.). Vereinslazaret Städtisches Krankenhaus, Kugelstrasse 20/21, Saal 121; Kollege E. Wolf, Brauerei Knie, Breslau.

Coburg I. L. Lazaretturnhalle: Kollege E. Knie, Brauerei Knie, Coburg.

Rostock (Meck.). Lazarettlazaretz Nr. 3, Zimmer 32. Schreiter, 2. Willi Krentz, Hamburg.

Flensburg b. Germersheim (Wied.). Lazaret, Station Nr. 61. Käste, Hamburg.

Bad Mergentheim (Stuttg.). Ritterst. Otto Kretschmer, Stuttgart.

Rückstattung des Fahrgeldes an Mitarbeiter, die in der Zeit vom 1. bis 20. Juli ihre Fahrt selbst bezahlt haben. Auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags ist den Soldaten bei Verletzungen freie Eisenbahnschafft zugestanden worden. Jetzt ist angeordnet worden, daß Kommissionen, die in der Zeit vom 1. bis 20. Juli, dem Tage dieser Anordnung, die Fahrt selbst bezahlt haben, die Fahrtkosten erstattet werden. Die Kosten werden in Höhe des Militärtarifs von den Truppenteilen bezahlt. Auch ein etwaiger Schnellzugzuschlag wird wieder erfordert.

Familienunterstützung und Hinterbliebenenrente. Im "Reichsgesetzbuch" ist nun die vom Reichstag und Bundesrat beschlossene Änderung betreffend die Unterstützung der Familien gefallener Kriegsteilnehmer veröffentlicht. Danach wird nur die Reichsunterstützung von der Rente in Abzug gebracht, die länger als drei Monate über den Zeitpunkt gezahlt wurde, von dem ab die Rentenzahlung erfolgt. Ergänzend fügen wir hinzu, daß das Gesetz am 20. Oktober in Kraft tritt. Von spätestens diesem Zeitpunkt ab darf also von den Witwen- und Kinderrenten nicht mehr als drei Monate gezahlte Familienunterstützung in Abzug gebracht werden.

Die Erhöhung der Krankenlöhne ist nun durchgeführt. Das "Armeeverordnungsblatt" hat die benötigte Auskunftsorder veröffentlicht, die folgende Änderung des § 21,1 der Kriegsbesoldungsvorschrift bringt:

"Den in das Lazaret aufgenommenen Mannschaften verbleibt die für das laufende Monatsdrittel bereits gezahlte Lohnung. Seder Lazarettkranke, der sich am 1., 11. und 21. des Monats in einem Militär-, Marine- oder Vereinslazaret irgendeiner Art, in einer Lazarettähnlichen Einrichtung, wie zum Beispiel Lazaret- (auch Hilfslazaret-)zug oder Schiff, Neupflanzheim, Kuranstalt usw. befindet, erhält ohne Rücksicht auf die Dauer seines weiteren Verbleibens dasselbe die für immobile Formationen vorgesehene Kriegslöhne für ein volles Monatsdrittel. Bei seiner Entlassung aus dem Lazaret usw. ist ihm — sofern er bis dahin noch nicht immobil geworden ist — für die Tage bis zum Schluss des laufenden Monatsdrittels die für mobile Formationen vorgesehene Lohnung — unter Anrechnung der für diese Tage bereits entfangenen Lohnung nach dem Satz für immobile Stellen — zu zahlen. Zahlung und Berechnung erfolgt durch das Lazaret usw."

Zum Anhange der Kriegsbesoldungsvorschrift ändert sich: an Stelle der bisherigen Krankenlöhnsätze (Anlage 2) ist zu sehen bei Zugführer 19 Pf., Zugführerstellvertreter 16,50 Pf., Sektionsführer 11,20 Pf., Krankenpflegerinnen 9,30 Pf., Krankenpfleger usw. 5,80 Pf."

Letztere Bestimmung bezieht sich auf das Personal der freiwilligen Krankenpflege. Die verwundeten oder franken Soldaten erhalten also jetzt statt der bisherigen 10 Pf. pro Tag ihre volle Friedenslöhne.

Die Erhöhung der Kriegerfamilienunterstützung wird voraussichtlich ab 1. November erfolgen.

Gewerkschaftliche Rundschau.

So länger die Kriegsjurie die Männer Europas in Atem hält, um so größer wird die Zahl der Kämpfer. Wenn wir die von der Generalkommission der Gewerkschaften am Jahrestag der Kriegserklärung veranstaltete Erhebung uns beitreten, so sehen wir, daß die Zahl der Gewerkschaftsgenossen, die mit ihren Leibern den eigenen Wall schließen, der das Vaterland gegen einen feindlichen Einbruch sichert, weit über eine Million beträgt. Diese Million, und heute nach zwei Monaten seit diesen Feststellungen mögen es schon wiederum Hunderttausende nicht sein, diese Kämpfer in der Abwehr feindlicher Invasion gelöscht, um innerhalb ihres Platzes, während am heimatlichen Platz, beziehungsweise am grünen Platz der Arbeitende, die Gewerkschaften resp. ihre Führer in der gemeinsten Weise beschimpft werden. Die "Arbeitgeberzeitung" bezeichnet in ihrer Nr. 39 die Gewerkschaftsführer als die eigentlichen Kapitäne der Arbeiter, als die sozialdemokratischen, welche aus der Tasche der Arbeitgeber leben und mit denen man jede Verhandlungsgemeinschaft ablehnt. Es zeigt diese Hypothese die Niedrigkeit einer Bezeichnung, deren nur Leute solchen Schlages fähig sind. Sie mit denen zu vergleichen, die nichts gelernt und nichts verstanden haben, wäre verschief. Diese Herrschaften wissen, was sie wollen, denn sie fühlen sich als die geborenen Arbeitgeberinde.

Unsere Mitglieder in den Schützengräben und in der heimatlichen Produktion werden diesen Leuten nach dem Kriege sagen, was zu sagen ist. Vorläufig gilt es, unbeirrt die Organisation intakt zu erhalten. Dieses soll in allen Fällen nicht so leicht sein. Mit jedem Tag, der die männlichen Mitglieder immer mehr und mehr zur Höhe rückt, wird die Situation verschärft. In der Industrie gelangt die weibliche Arbeitsschaft in steigendem Maße zur Anwendung. Trotzdem noch eine Reihe von Unternehmen brach liegen, ist die Zahl der beschäftigten Arbeitern von Monat zu Monat gestiegen. Nach den Berichten der Krankenlazäsuren hat seit Anfang dieses Jahres die Beschäftigung der männlichen Personen ständig abgenommen und die der weiblichen zunommen, so daß Ende Juli wohl eine halbe Million Arbeitern mehr beschäftigt wurden wie im Januar. Diese Tatsachen dürfen von den Gewerkschaften nicht aus den Augen gelassen werden. Die Arbeiterinnen sind im allgemeinen, trotz unserer guten Organisationen, ein für den Unternehmer billiges Auslastungsobjekt. Die Arbeiterin braucht nach den Grundlagen der Unternehmensmorale nicht so viel verdienten wie ein Mann. Warum? Weil es eben eine Arbeiterin ist. Darin liegt eine sehr große Gefahr für unser Wirtschaftsleben, insbesondere aber für die Verhältnisse nach dem Kriege. In zahlreichen Betrieben haben die Arbeiterinnen als Ersatz für die männliche Arbeitskraft Verwendung gefunden. Wie dieser Ausnahmzustand wieder in das normale Bett unserer Wirtschaftsform zurückgeführt werden kann, ist eine wichtige Frage nach Beendigung des Krieges. Wenn hier geeignete Maßnahmen getroffen werden, je ferner man das nur begrüßt. Da man

im Augenblick durch die politischen und militärischen Umstände nicht in der Lage, an dieser Tatsache irgendwie etwas zu ändern, so kann man doch auf Abänderung der Schäden bestehen, die heute schon vielfach festgestellt werden können. Die Richtehaltung der Schätzbestimmungen für die Arbeiterinnen war so allgemein in den Berliner Großbetrieben, daß beispielsweise die Verbandsleitung der Berliner Filiale der Schneider das Kriegsministerium in Anspruch nehmen mußte, worauf denn auch einige Abhilfe eingetreten ist.

Eine Kriegsmahnahme, das Verbot des Nachtschlags, hat die Möglichkeit, ein dauernder Bestandteil der Gesetzgebung zu werden. Zwischen den beteiligten Organen der Arbeiter und Arbeitgeber und der Regierung haben bereits Verhandlungen stattgefunden. Dass ein großer Teil der Unternehmer die alte gute Zeit wieder herbeiwünscht, steht ohne Frage fest, und haben auch Bewährungen nach dieser Richtung hin überzeugend stattgefunden. Insbesondere ist der Germania-Verband für die Wiedereinführung der Nachtarbeit. Die Schwierigkeiten, welche die Arbeitgeberorganisationen dem Verband der Bäder und Konditoreien bereiten, werden, wie wir aus der letzten "Genossenschaftlichen Rundschau" ersehen, noch aus der Konsumvereinigung unterstützt. Ledoch ist zu hoffen, daß sich diese Differenzen bezeichnen lassen und daß das Nachschlagsverbot Gesetz wird zum Schutze der beteiligten Arbeitnehmer.

Ein Reichstarif für das Schneidergewerbe hatten die Verhandlungen zum Gegenstand, welche im August vorigen Monats zwischen den beteiligten Arbeitgeber- und -nehmerorganisationen in Frankfurt am Main geführt wurden. Nach früheren Beschlüssen soll dieser Reichstarif am 1. März 1917 in Kraft treten. Das Hauptvertragssmuster kann als angenommen betrachtet werden, nur in Nebenfragen herrscht noch keine Einigkeit. Die Unternehmer stellen die Forderung auf Negativpflicht, die von den Arbeitervertretern abgelehnt wird. In der Festsetzung von Mindestlöhnen für Extraarbeiter sollen neue Vorschläge zum 1. Oktober ausgetauscht werden. Insofern Zusammenhänge mit dem Reichstarif standen die Verhandlungen betreffend Regelung der Arbeitsnachweise, wobei die Unternehmer die bekannte Agitationssklausel wünschen, was von der Organisation der Arbeiter abgelehnt wird, welche sich mit der Protokollsförderung auf einen allgemeinen Verzicht der Agitation in den Arbeitsnachweisen begnügen wollen. Diese stiftigen Fragen scheinen in der im November tagenden Konferenz eine befriedigende Lösung finden zu sollen.

Wir haben schon seit Monaten fortgesetzt über stattgefundene Verhandlungen für Steuerungszulage berichtet. Doch mit jedem Tag, den der Krieg länger dauert, wird diese Materie immer mehr und mehr in den Vordergrund der gewirtschaftlichen Tätigkeit gerückt. Verschiedentlich rüft man schon auf zweiten Forderung, da sich die Lebensmittelpreise in vielen Produkten mehr als verdoppelt haben, nämlich aber in den Hauptartikeln wie Fleisch und allen Gettwaren. Die Forderungen der Arbeiter sind daher nicht wie gerecht. Nichtsdestoweniger seien wir vielfach bei den Unternehmen Widerstand und manchmal sogar noch in Betrieben, die durch den Krieg ein besonderes Geschäft gemacht haben. So acht aus einer Verhandlung, welche im Bauherrn in Mainz geführt wurde, hervor, daß auf Betreiben des Oberbürgermeisters die Verträge der Bauunternehmer eine Steuer zu führen, um den Zeitsäulen gerecht zu werden, die Bauherren aber lehnten die Wünsche ihrer Arbeiter ab und fanden die Zulage der Befohlen in die Taschen des Berliner Malergewerbe lebhaft monatlich die Steuerungszulage ab. Hier hatte die famose Rechtsauffassung des deutschen Arbeitgeberverbandes im Bauherrn, daß eine Steuerungszulage einen Tarifbruch darstelle, Schule gemacht. Einer Ablehnung gleich kommt der Entschluß des Arbeitgeberverbandes im Schneidergewerbe, wo man der Steuerungszulage erst nähertritt will, wenn die abnormen Verhältnisse am 1. März 1916 noch vorbestehen, andererseits aber eine Besserung in der Reichssteuerfreiheit eingezettet ist. Ferner wird die Bedingung gestellt, daß der oben schon erwähnte Reichstarif auf vier Jahre abgeschlossen wird und anderes mehr. Die Arbeiter in den städtischen Gaswerken der Stadt Berlin haben auf Veranlassung des Verbandes schon eine zweite Steuerungszulage erhalten in der Form, daß täglich ein Stundenlohn mehr gerednet wird. Desgleichen wurden in den Flugzeugwerken in Johannisthal Zulagen gewährt. Die Hamburger Schuhmacherinnung lehnte diesbezügliche Forderungen ihrer Gehilfen ab.

Der Deutsche Bauarbeiterverband führt zum 1. November d. J. sein altes Statut wieder ein. Die während des Krieges gezahlte Notfallunterstützung kommt in Wegfall und bleibt auch die Reiseunterstützung bis auf weiteres außer Kraft. Der Wiederbezug von Unterstützungen wird von 52 Wochen erneuter Zahlung von Beiträgen auf 44 heruntergesetzt. Die bisher schon dreimal den Kriegerfrauen ausbezahlte Familiunterstützung, welche insgesamt die Summe von 2 336 000 M. erforderte, soll zu Weihnachten eine neue Auslage erfahren und werden wahrscheinlich 1½ Millionen Mark dazu gebracht.

Der Regelung der Kriegsbedürftigkeiten für jürgen haben sich bis jetzt eine ganze Reihe Gewerkschaften angenommen. So haben auch die Buchdrucker durch ihr Tarifamt einen Aufruf erlassen, wonach möglichst dahin zu streben ist, invalide Buchdrucker wieder an ihre alten Arbeitsplätze zu bringen. In einem besonderen Tarifblatt, das in allen Zeitschriften zum Ausdruck gebracht wird, soll diesen Betreibungen wirklich Rechnung getragen werden. Das Tarifamt der Chemigraphen und Kupferdrucker hat sich in gleicher Weise an die Prinzipale gewandt.

Keine Notizen. Der Verband der Glaserbeiter konnte in diesen Tagen auf ein fünfzehnjähriges Betriebszurückblicken. Daß die Organisation mit den Glashüttenbetrieben schon immer einen schweren Stand hatte, ist im Laufe der Jahre hier des öfteren angeführt worden. — Eine Hauptriebvereinigung des Transportarbeiterverbandes berichte die Notwendigkeit der Einheitlichkeit der Arbeiterverregung und schreibe die Euertriebvereine einer kleinen Anzahl von

organisierten Arbeitern. Eine ähnliche Erklärung fachten die Gauleiter des Buchdruckerverbandes. — Der Leiter der Arbeiterversammlung segte zum 1. Oktober einen Teil des Verbandsstatuts wieder in Kraft. Die Strafentlastung erlaubt allerdings eine Karrenzeit von 15 statt wie früher von 4 Tagen. Die Arbeitslosenunterstützung wurde erhöht, jedoch noch nicht im vollen Umfang des alten Statuts. — Der Verband der Lithographen erholt sich erstaunlicherweise wieder von den schweren Schlägen des Kriegsausbruches. Im August 1914 betrug die Zahl der Arbeitslosen 52,3 Proz. und jetzt nur 3,7 Proz.

Wirtschaftliche Rundschau.

Der deutsche Anteilsieg. — Über 12 Milliarden Mark. — Die größte Finanzoperation der Weltgeschichte. — Stand der Reichsdarlehen. — Gründung des Dynamittrusts. — Die deutsche Interessengemeinschaft der Sprengstoffindustrie. — Syndikatsneuerung. — Fabrikantenverbände und Händlervereinigungen. — Der Kartellvertrag in der Steingutindustrie. — "Händlerfrank".

Das Ergebnis der Rechnung auf die dritte Kriegsanleihe von nicht als 12 Milliarden Mark wurde mit Stolz und Freude aufgenommen, erreichte aber kaum noch Überraschung. Auch hierin zeigt sich der Wandel vieler Begriffe und Vorstellungen, denn nur der Versuch, eine Mobilisierung derartiger Kapitalmärkte als möglich hinzustellen, wäre noch vor kurzem als Ausfluss einer französischen Phantasie angesehen worden und abgetan gewesen. Die vorangegangenen Anteileserfolge hatten zur Erkenntnis auch der finanziellen Kräfte Deutschlands geführt und die Ansprüche an die eigene Leistungsfähigkeit ganz außerordentlich angehoben. Durch die Tat wurde bewiesen, daß dieses gejagte Bewußtsein gerechtfertigt war. Als die größte Finanzoperation der Weltgeschichte hat Staatssekretär für Wirtschaft die dritte Kriegsanleihe bezeichnet, sie wächst an Bedeutung angehoben der 13½ Milliarden Mark, die mit den beiden ersten deutschen Kriegsanleihen bereits aufgebracht worden sind. Eine treffliche Schilderung der Voraussetzungen für das Gelingen dieser Operation gab in knappen Worten Reichsbankpräsident Habenstein in der letzten Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank. "Dass der Krieg an Ausgaben und Aufwendungen erfordert," führte er aus, "ist fast ganz im Lande geblieben und hat hier die alte Arbeit weitergeführt, neue Arbeit geschaffen und dadurch immer neue Exporte und Kapitalbildung bewirkt, die für die Anteile verfügbare wurden; darüber hinaus aber hat die Hingabe aller Volksrichten und Berufsrichten auch die Ersparnisse früherer Jahre durch Belebung mobil gemacht, soweit diese aufgenommene Schulde in absehbarer Zeit durch neue Ersparnisse und Einnahmen wieder abgedeckt werden kann. Und dazu traten endlich größere Verträge an Betriebskapitalien, die der Krieg und die veränderte Wirtschaftsführung häufig gemacht hatten. Vom kleinsten Sparer bis zum größten Kapitalisten hat jeder dem Reiche vorgebracht, was er an Mitteln verfügbar hatte oder verfügbar machen konnte. So ist diese dritte Kriegsanleihe mehr noch als die beiden ersten zu einer Volksanleihe im wahrsten Sinne des Wortes geworden und zu einem neuen Zeichen ruhiger, selbstbewusster Kraft, aber auch des Vertrauens auf unsere Waffen und auf den Ausgang des Krieges und des Willens, durchzuhalten, solange es unsere Feinde gefällt. Und das Ergebnis dieser dritten Kriegsanleihe ist wahr und echt wie das der ersten beiden, bei denen im freien Börsenverkehr der Preis auch nicht an einem einzigen Tage unter den Ausgabepreis gesunken ist, sondern sich durchweg darüber gehalten hat."

Für einen glatten Ablauf der Einzahlungen auf die jüngste Kriegsanleihe sind die besten Ausichten vorhanden. Geld ist am offenen Markt billig, für tägliches Geld wird kaum 2 Proz. gezahlt, der Privatmarkt stellt sich auf 4 Proz. Stark entlastet sind die Reichsdarlehen. Nach dem Ausweis vom 22. September haben sich die von den Darlehenstassen ausgeliehenen Tarifchen weitest um 15,4 auf 1025 Millionen Mark verringernt, und zwar ist dieser Rückgang durch Abzahlungen erfolgt, die auf Tarifchen für die zweite Kriegsanleihe geleistet wurden. Insgesamt betrugen diese Vorzüsse am 22. September nur noch 25,5 Millionen Mark. Das ist gegenwärtig die ganze Summe, mit der die Reichsberichterstatter von Zeitungen der zweiten Kriegsanleihe noch zur Flüssigmachung von Geldern in Anspruch genommen werden.

Bald nach Ausbruch des Krieges wurde der Plan aufgenommen, durch Gründung des Dynamittrusts den bestimmenden Einfluß der Nobel Dynamite Trust Company in London auf die maßgebenden deutschen Sprengstofffabriken auszuholen. Dieses Bestreben stand in England Gegenliebe, denn um eine Auseinandersetzung der bisher verdeckten deutsch-englischen Sprengstoffinteressen herbeizuführen, war neben der Zustimmung der deutschen Regierung natürlich auch die der englischen erforderlich. Seit langen Jahren befand eine durch Verträge gebundene Zusammenarbeit zwischen Dynamit- und Pulverbürofabriken Deutschlands, Englands und verschiedener anderer Länder unter Kontrolle der schon genannten Dynamite Trust Company; erst 1913 wurden die verschiedenen Verträge bis zum Jahre 1950 verlängert. Somit die Errichtung des Trustvertrags dadurch, daß der Londoner Dynamittrust seinen Sitz an Aktien deutscher Sprengstoffgesellschaften, so der Dynamitaktiengesellschaft, legt. Alfred Nobel u. Co. in Hamburg, der deutschen Sprengstoffaktionengesellschaft, der Rheinischen Dynamitfabrik in Köln und der Dresdener Dynamitfabrik gegen Übernahme der in deutschen Händen befindlichen Aktien der Deutz-Gesellschaft. Insgesamt stellt sich der deutsche Teil an Trustanteilen auf etwa 36 Millionen Mark, ein Betrag, der etwa 60 Proz. des Aktienkapitals der Gesellschaft entspricht. In der Generalversammlung der Dynamit-A.-G. berief Alfred Nobel u. Co. in Hamburg unter deren Führung die Errichtung eines alten Dynamittrusts bei gleichzeitiger Erneuerung des deutschen, ebenfalls transatlantischen Kartells erfolgt, wurden die entsprechenden Verträge genehmigt. Zur finanziellen Ablösung der deutschen Interessen von der englischen Gesellschaft erhöht die Hamburger Gesellschaft ihr Kapital um 24 auf 36 Millionen Mark. Nach Mitteilungen der Verwaltung ergab sich zwischen den

deutschen Generalkartell angehörenden deutschen Sprengstoff- und Pulverbürogesellschaften beim Ausbruch des Krieges Überprüfung dahin, daß die Kartellbeziehungen zu den britischen Gesellschaften unmöglich seien, daß dagegen die Fortsetzung des deutschen Kartellverhältnisses sowohl aus geschäftlichen Gründen als auch im Interesse der nationalen Verteidigung dringend geboten sei. Es wurden infolgedessen die Zusatzverträge zum Generalkartellvertrag aufgekündigt. Die deutschen Kontrahenten des Generalkartellvertrags vereinbarten die Befreiung des britischen Gesellschaft und ihrer Gewinne fünfzigjährig der gesamte Gewinn der deutschen Sprengstoffgruppe und der deutschen Pulverbürogruppe (aus diesen beiden Gruppen besteht die Sprengstoffgemeinschaft) im Verhältnis von 50 Proz. zu 50 Proz. unter die beiden Gruppen verteilt werden soll, jedoch mit der Maßgabe, daß nach Verteilung des Gesamtgewinns die Sprengstoffgruppe aus ihrem Vermögen an die Pulverbürogruppe alljährlich 318 850 M. zahlt. Die englische Dynamit-Trust-Co. hat der Kündigung und der Neuerung des Kartellverhältnisses mit den britischen Gesellschaften zugestimmt. Ferner sind zwischen den im Generalkartell vereinigten deutschen Gesellschaften verschiedentlich untereinander noch besondere Vereinbarungen über die Verteilung der Gewinne getroffen worden. Eine symmetrische Bedeutung für die fernere Gestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen haben diese Vorgänge in der Sprengstoffindustrie keineswegs, denn die Lösung entsprang nicht reinen Kapitalinteressen, sondern Erfordernissen der nationalen Verteidigung. Die unzähligen Gedanken, die das Wirtschaftsleben aller Länder verbinden, werden wo jezi der Krieg zerrte, nach einem Friedensschluß hier schneller, dort langsamer wieder aufgenommen und neu geknüpft werden.

Neben der in älterer Stunde erfolgten Erneuerung des rheinisch-württembergischen Aktiensyndikats, mit dessen Fortführung bei der Abneigung der Deutschen gegen das sonst unvermeidliche Zwingssyndikat trotz der bekannten Gefahren unter den Gesellschaften zu rechnen war, sind verschiedene Verträge kleinere Kartelle und Konventionen in der letzten Zeit verlängert worden. Bestände fanden mehrfach auch Verträge zwischen Fabrikantenverbänden und Händlervereinigungen, die für die fürtlich an dieser Stelle beprochnete Reglementierung des Handels charakteristisch sind. Als Beispiel kann der Vertrag gelten, den das Kartell der Steingutindustrie mit dem Zentralverband der Großhändler der Wasserleitungsbauindustrie abgeschlossen hat. Die wesentlichsten Punkte dieses Vertrages sind, daß die Firma sich verpflichteten, auf zunächst 5 Jahre hinaus nur an Mitglieder des Händlerverbands oder an von denselben genannte auftretende Händler zu liefern, während die Händlerverbände sich für den gleichen Zeitraum verpflichteten, ihren Kaufbedarf bei dem Steingutsyndikat, das Vereinigte Deutsche Steingutwerke firmiert, zu decken. Ferner werden Preise und Bedingungen gemeinsam festgelegt. Zum Kartell gehören nach der "Frankfurter Zeitung" die Fabriken: Villerooy & Boch in Mettlach, Dresden, Wallerfangen und Merzig, Diamant-Steingutwerke Frankfurt a. M., G. m. b. H. in Flörsheim a. M., Franz Anton Mehlem in Bonn, Steingutfabrik Wittelsburg in Darge a. d. Weser, Gebr. Uebach in Teplitz in Sachsen, Weidner u. Co. in Saargemünd, Schwarzwälder Steingutfabrik in Hornberg, Ludwig Weißl a. C. in Bonn, Fabrik Techn. Steingutwaren in Dresden, während der Zentralverband der Großhändler sämtliche in Deutschland bestehenden Verbände der Wasserleitungsbauindustrie umfaßt. "Händlerschutz" ist dieses Vertragspaket gelegentlich genannt worden, der Schutz bedeutet darin, daß dem Handel ein bestimpter Gewinn als Einzel für zugebilligt wird, doch er nur Fabrikate des Fabrikantenkartells unter Einhaltung der ihm vorgedictierten Preise vertreibt. In der Praxis führen Unternehmen dieser Art sowohl für Fabrikanten als für Händler zu einem oft schweren Organisationszwang.

Berlin, den 29. September 1915.

Julius Malissi

Korrespondenzen.

Augsburg. In einer recht gut besuchten Monatsversammlung sprach am Sonntag, den 3. Oktober, der Bezirksschreiber Holzfärtner über das Thema: "Warum müssen wir die Organisation hochhalten und welches sind unsere wichtigsten Aufgaben in dieser ersten Zeit?". Ausgehend von dem Gedanken, daß der Zusammenhalt aller Berufsangehörigen in einer professionellen Organisation zur Erreichung wirtschaftlicher und kultureller Verbesserung für den einzelnen wie für die Gesamtheit die erste und notwendige Bedingung sei, bildete der Referent die Leistungen der Gewerkschaften im allgemeinen und im besonderen. Sie sich in Millionen belauenden Leistungen der Gewerkschaften legen Gewicht ab von dem Willen und können einer zielbewußten Arbeiterschaft. Die tatsächlichen Erfahrungen bilden das Fundament ihres Bestrebens, sind Ziel und Richtschnur ihrer Handlungen und drücken ihnen zugleich den Stempel eines nüchternen Kulturfaktors auf. Der Achtung heißt und auch erhält. Da bester Beweis hierfür bietet die jetzige, vom Sturm u. Leidenschaften bewegte Zeit. Um besonderen Bildern der Referent die Leistungen unseres Verbandes seit seinem Bestehen bis zur Stunde. Momentan während des Krieges hat er sich als ein Großvater gewirtschaftlicher Tatkraft etwischen und durch seine Leistungen die Tränen vieler Kriegerfrauen, ja ungezählter Familien gefüllt. Nach diesem Rückblick bietet der Redner Verschou. Zwar liegt zur Stunde noch alles gewirtschaftlich Verdende in der Zukunft dunklem Schöp, aber daß eine kann mit Sicherheit vorausgesagt werden, ungeheure Aufgaben stehen uns noch bevor. Nach dem Kriege wird es einer gerechten Zeit bedürfen, bis jetzt zerstörten Häden des Kriegsopferlebens mit dem Auslaufe wieder angeknüpft sind. Die Hochkonzentration, in der heute idon ist viele jähwelgen, wird vorerst nur eine teilweise und beschränkte sein. Mandat Industriezwang wird keine Arbeiter man voll beschäftigen können. An der daraus folgenden Arbeitslosigkeit wird der Verband wieder der einzige Faktor sein, der seine Mitglieder unter die schwierigen Zustände nimmt. Alle Verbesserungen auf wirt-

